

G20-Beschlüsse helfen Menschen in Armut kaum | Staats- und Regierungschefs packen drängende Probleme wie die wachsende soziale Ungleichheit nicht an

geschrieben von Andreas | 8. Juli 2017

Hamburg/Berlin, 8. Juli 2017. Der G20-Gipfel in Hamburg hat kaum Fortschritte für Menschen gebracht, die in Armut leben. Das kritisiert die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam in einer ersten Reaktion.

Jörn Kalinski, Leiter Lobby und Kampagnen von Oxfam Deutschland e.V., erklärt:

„Als Entwicklungsorganisation fragen wir, ob die Beschlüsse der G20 dazu beitragen, die Lebenssituation von Menschen zu verbessern, die in Armut leben. Und das ernüchternde Fazit lautet: kaum! Trotz der Proteste gegen die wachsende soziale Ungleichheit auf der Welt haben die Staats- und Regierungschefs es nicht vermocht, die Weichen in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit zu stellen.“

Keine Fortschritte bei der Steuerpolitik

„Statt mit einer wirkungsvollen Schwarzen Liste Steueroasen unter Druck zu setzen, haben die G20 diesen Ländern de facto einen Freifahrtschein ausgestellt. Auch haben sie es versäumt, die Konzerne zu einer öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung über ihre Gewinne und darauf gezahlte Steuern zu verpflichten.“

Bekanntnis zum Pariser Klimavertrag

„Vom G20-Gipfel geht das wichtige Signal aus, dass sich 19 Länder entschlossen hinter das Pariser Klimaschutzabkommen stellen und seine Umsetzung vorantreiben. Damit ist Donald Trump isoliert. Die Versuche der USA, den fossilen Energien eine Zukunft unter dem Pariser Abkommen zu sichern, werden erfolglos bleiben. Leider hat der Gipfel beim Abbau klimaschädlicher Subventionen nichts Neues ergeben und außerdem nicht zu mehr konkretem Klimaschutz geführt. Die Bundeskanzlerin hätte den G20-Gipfel dafür nutzen müssen, den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohlekraft in Aussicht zu stellen.“

Hilfszusage für aktuelle Hungerkrisen

„Nur wenige G20-Länder leisten ihren fairen Beitrag zur Finanzierung der Nothilfe-Aufrufe für die aktuellen Hungerkrisen. Es ist inakzeptabel, dass die meisten großen G20-Länder die Gelegenheit nicht genutzt haben, ihre Beiträge zur Nothilfe aufzustocken. Die Folge ist, dass Menschen sterben werden, deren Leben andernfalls hätten gerettet werden können. Um die Menschen in Nigeria, Somalia, Südsudan und Jemen vor einer Hungersnot zu bewahren, sind dringend weitere Finanzausgaben erforderlich.“

Compact with Africa folgt falschen Annahmen

„Die Initiative Compact with Africa baut auf dem irrigen Glauben auf, dass Privatinvestitionen schon irgendwie die Lebenssituation von Menschen in Armut verbessern werden. Doch dies ist nur dann der Fall, wenn Investitionen politisch gestaltet werden, im Dialog mit den Menschen und heimischen Unternehmen vor Ort, so dass alle profitieren, insbesondere Frauen.“

Hinweis an Redaktionen:

- Oxfam wird in Kürze eine ausführlichere Reaktion auf die

Ergebnisse des Gipfels versenden, die sich detaillierter mit den einzelnen Punkten des Kommuniqués befasst.

- Oxfam steht für Interviews und Kommentierung der Gipfel-Ergebnisse zur Verfügung. Wir sind mit einem internationalen Expertenteam im Medienzentrum.

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, 0177-8809977, E-Mail: skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Von eingeschränkt gut bis sehr schwach: Höchst unterschiedliche Klima-Noten für G20-Staaten

geschrieben von Andreas | 8. Juli 2017

Gemeinsame Pressemitteilung Germanwatch und NewClimate Institute

Italien, Brasilien und Frankreich sind vor Deutschland die Klassenbesten mit Abstrichen – USA und Saudi-Arabien liegen am unteren Ende. Noch kein G20-Staat auf Kurs der Pariser Klimaziele.

Hamburg/Bonn (6. Juli 2017). Die G20 insgesamt ist noch deutlich von einem verantwortungsvollen Kurs beim Klimaschutz entfernt. Doch einzelne Staaten – sowohl traditionelle Industrienationen wie Italien, Frankreich und in Teilen auch Deutschland, als auch aufstrebende Schwellenländer wie Brasilien oder Indien – deuten an, wie ein solcher Weg aussehen könnte. Dies ist ein Kernergebnis des G20-Klimaschutz-Index, den Germanwatch und das NewClimate Institute heute vorgestellt haben. Einen Tag vor Beginn des Gipfels in Hamburg stellen sie den G20-Staaten in diesem Ranking ein höchst unterschiedliches Zeugnis aus.

„Unser Klimaschutz-Index zeigt: Mit einer verantwortungslosen Klimapolitik à la Trump kann man zwar Klimaschutz punktuell verlangsamen und erschweren – aber aufhalten lässt er sich nicht. Der Siegeszug der erneuerbaren Energien zum Beispiel wird schon allein aus wirtschaftlichen Gründen weitergehen, weil es sich lohnt“, erklärt Jan Burck von Germanwatch, einer der Hauptautoren des Index. „Allerdings kann schon eine Verzögerung zu einem großen Problem werden. Unser Index zeigt auch: Bisher ist kein G20-Land beim Klimaschutz so weit, dass sein Beitrag für eine Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad ausreichen würde.“

„Ermutigend ist vor allem die Entwicklung in einigen großen Schwellenländern wie Brasilien oder Indien“, ergänzt Prof. Niklas Höhne vom NewClimate Institute. „Brasilien hat in den vergangenen Jahren insbesondere durch eine stark reduzierte Entwaldung große Fortschritte gemacht, die es nun in schwierigen politischen Debatten aufrecht zu erhalten gilt. Indien möchte klassische Entwicklungsschritte überspringen und eher Erneuerbare Energien statt Kohle und Elektroautos statt Benziner oder Diesel einführen. Da sind diese beiden Länder

auf einem guten Weg – der allerdings auch eine unterstützende Klimapolitik und internationale Klimafinanzierung benötigt.“

Überraschender Sieger des G20-Klimaschutz-Index ist Italien. Hauptfaktoren waren der Abwärtstrend der Pro-Kopf-Emissionen in den vergangenen fünf Jahren und eine starke Zunahme der erneuerbaren Energien um mehr als 50 Prozent von 2010 bis 2014. Italien kommt damit von allen G20-Staaten dem Anstieg grüner Energien am nächsten, der für das Erreichen der Pariser Klimaziele nötig wäre. Ob Italien den Platz halten kann ist fraglich, da der Zubau von Erneuerbaren nach 2014 zusammengebrochen ist (wegen mangelnder Datenverfügbarkeit noch nicht im Index berücksichtigt). Brasilien auf Rang zwei profitiert von einem sehr hohen Anteil Erneuerbarer Energien im Energiemix (38 Prozent), allerdings sind die gesetzten Klimaziele noch nicht sehr ambitioniert und die erreichten Fortschritte beim Waldschutz aktuell in Gefahr.

Deutschland liegt hinter Frankreich auf Rang 4 – verglichen mit dem zuletzt mäßigen Abschneiden im jährlichen Globalen Klimaschutzindex von Germanwatch eine Steigerung. Deutschland hat zwischen 2010 und 2014 hohe Zuwachsraten bei Wind- und Solarenergie vorzuweisen und gute Noten, was die Klimapolitik auf internationalem Parkett betrifft. Die noch immer sehr große Abhängigkeit von der Kohle, insbesondere Braunkohle, und die deswegen hohen Pro-Kopf-Emissionen über dem EU-Durchschnitt sowie nur mittlere Noten für die nationale Klimapolitik verhindern jedoch eine Platzierung ganz oben.

China ist wegen des enormen Wachstums bei Energieverbrauch und Emissionen in den Jahren bis 2014 nur auf Platz 12, unternimmt aber Schritte den Anstieg zu begrenzen, wie zum Beispiel Drosselung der Kohlenutzung und Förderung der Elektromobilität. Eine bessere Bewertung in den nächsten Jahren ist deshalb zu erwarten.

Am Ende des Tableaus landete Saudi-Arabien mit sehr schwachen Ergebnissen in allen Bereichen. Das Land könnte jedoch im Bereich der Solarenergie mittelfristig deutlich zulegen. Nach Trumps Rollback in der Klimapolitik landen die USA auf dem

vorletzten Platz (Urteil ebenfalls: sehr schwach). Derzeit sind abseits von Bemühungen einiger US-Bundesstaaten, Städte und Unternehmen keine Ansätze der nationalen Regierung zu erkennen, etwas an den sowieso schon sehr hohen CO2-Emissionen oder dem immensen Energieverbrauch pro Einwohner zu ändern.

Zum G20-Klimaschutzindex von Germanwatch und NewClimate Institute:

Der Index knüpft an den globalen Klimaschutz-Index von Germanwatch an, ein seit 2006 jährlich erstelltes Ranking der knapp 60 größten Emittenten weltweit. Diese Spezialausgabe des Index betrachtet nun nur die zwanzig größten Volkswirtschaften (G20). Zudem wurde die Methodik angepasst. Zwar betrachtet der Index wie bisher vier Bereiche: Emissionen (40%), Energieverbrauch (20%), Erneuerbare Energien (20%) und Klimapolitik (20%, bewertet von ExpertInnen aus dem jeweiligen Land). Aber dank der neuen Methodik wird nun auch die Frage beantwortet, inwieweit das jeweilige Land in den Bereichen Emissionen, Erneuerbare Energien und Energieverbrauch adäquat handelt, um die Pariser Klimaziele erreichen zu können. Mehr zur Methodik im Report, S. 17-18

Der G20-Klimaschutz-Index: www.germanwatch.org/de/13955

Kontakte für Medien:

Stefan Küper, Germanwatch, Tel.: 0228 60 492 23, 0151 252 110 72, kueper@germanwatch.org

Boris Duval, NewClimate Institute, Tel.: 030 208 492 740, b.duval@newclimate.org

Evtl. Doppelsendungen dieser PM bitten wir zu entschuldigen.

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

G20 verringert Abhängigkeit von fossilen Energien – doch für Pariser Klimaziele muss Tempo stark erhöht werden

geschrieben von Andreas | 8. Juli 2017

Pressemitteilung Climate Transparency

- Studie von Climate Transparency zeigt Fortschritte bei Wind- und Solarenergie sowie teilweise bei Pro-Kopf-Emissionen
- Nur zögerliche Abkehr von Kohle und unzureichende Klimapolitik in den Staaten gefährden Paris-Ziele
- Deutschland stark bei erneuerbaren Energien – hoher Kohleverbrauch und fehlender Ausstiegsplan sind größte Schwachpunkte

Berlin/Hamburg (3. Juli 2017). Trotz der gesteigerten Investitionen in grüne Technologien droht die G20 das Pariser Klimaziel einer Erderwärmung von deutlich unter zwei Grad weit zu verfehlen. Hauptgrund sind die weiterhin zu hohen und häufig subventionierten Investitionen in fossile Industrien. Die Abhängigkeit von fossilen Energien verringert sich zwar insgesamt – bisher aber deutlich zu langsam. Zu diesem Schluss

kommt der heute veröffentlichte „Brown to Green“-Report 2017 der internationalen Initiative Climate Transparency.

„**Deutschland** schneidet aufgrund des seit 2010 nahezu gleichbleibend hohen Kohleverbrauchs in der Kategorie Pro-Kopf-Emissionen relativ schlecht ab“, sagt **Jan Burck von Germanwatch**, Co-Autor der Studie. „Mit Blick auf die langfristigen Klimastrategien hingegen liegt Deutschland im Vergleich zu den anderen G20-Staaten mit vorn. Allerdings ist die deutsche Klimastrategie noch kein verbindliches Gesetz und Deutschland hat noch keinen Kohleausstiegsplan vorgelegt – anders als zum Beispiel Großbritannien.“ Deutschland hat im Vergleich zu den meisten anderen G20-Staaten einen sehr hohen Kohleverbrauch. Die CO₂-Emissionen pro Energieeinheit liegen deshalb – trotz eines überdurchschnittlichen Anteils erneuerbarer Energien am deutschen Energiemix – nur knapp unter dem G20-Durchschnitt.

Die dritte Auflage des Reports liefert kurz vor dem G20-Gipfel in Hamburg die umfassendste Analyse der G20 auf ihrem Weg zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft. Sie wurde auf Grundlage eines breiten Spektrums neuester Studien erstellt und vergleicht sowie bewertet die Fortschritte der G20-Staaten in Bereichen wie Emissionsentwicklung, Klimapolitik, grüne Finanzierung und Dekarbonisierung. Erstellt wurde der Report von einem Netzwerk verschiedener Experten aus Think Tanks in zehn G20-Staaten, darunter Germanwatch, die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform und das NewClimate Institute aus Deutschland.

„Die Dekarbonisierung der Wirtschaft in den G20-Staaten hat begonnen. Während die Energie- und die CO₂-Intensität sinkt, wachsen jedoch Wirtschaft und Energieverbrauch – deswegen sehen wir zwar erstmals kaum noch einen Anstieg der Emissionen, aber auch noch keine Verminderung der Treibhausgase“, sagt Prof. Niklas Höhne vom NewClimate Institute, Co-Autor der Studie. „Die erneuerbaren Energien sind zwar stark auf dem Vormarsch, aber noch dominieren die fossilen Energien den Energiemix der G20.“

Besonders im Fokus stehen beim Klimaschutz derzeit die **USA**. Jan Burck von Germanwatch erläutert zum Abschneiden der Vereinigten Staaten: „Nach dem von Präsident Trump angekündigten Ausstieg der USA aus dem Paris-Abkommen und dem Zurückfahren wichtiger klimapolitischer Maßnahmen im eigenen Land, bekommen die USA deutlich schlechtere Noten für ihre Klimapolitik. Die Pro-Paris-Reaktionen mehrerer US-Bundesstaaten sowie vieler Städte und Unternehmen im Land nähren aber die Hoffnung, dass die USA dennoch ihren Teil zum Klimaschutz beitragen werden.“

Den Report und die Länder-Factsheets finden Sie hier:

<http://germanwatch.org/de/13957>

[G20 Brown to Green Report 2017](#)

Highlights Dekarbonisierung

- **Bewertungen zur Dekarbonisierung fallen gemischt aus:** Die EU und ihre G20-Mitgliedsstaaten schneiden insgesamt relativ gut ab, hingegen bekommt Russland schwache Noten, Australien und die USA sehr schwache.
- **In Deutschland** gab es bis einschließlich 2016 weiterhin einen starken Ausbau Erneuerbarer Energien, allerdings bleibt das Niveau der Kohleverstromung auf einem deutlich zu hohem Niveau um die Pariser Klimaziele zu erreichen.
- **Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch:** 98 Prozent der weltweit installierten Windkraft-Kapazität steht in G20-Staaten, ebenso 97 Prozent der weltweiten Solarkapazität und 93 Prozent aller Elektroautos. In fast allen G20-Staaten außer Russland (minus 20 Prozent seit 2009) wächst der Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix – besonders stark in China, Südkorea, der Türkei und Großbritannien.
- **Treibhausgas-Emissionen der G20-Staaten sind von 1990 bis**

2014 um 34 Prozent gestiegen. Seitdem stagnieren sie. Die Volkswirtschaften sind im selben Zeitraum um 117 Prozent gewachsen – ein klarer Beleg für wachsende Energieeffizienz.

- **Die CO2-Intensität pro Einheit des Primärenergieverbrauchs in den G20-Staaten stieg zumindest bis 2014 insgesamt weiterhin.** Das liegt vor allem daran, dass die meisten G20-Staaten ihren steigenden Energieverbrauch überwiegend mit Kohle bedienen. Während die allgemeine Energie- und CO2-Intensität in der G20-Wirtschaft sinkt, reicht beides nicht aus, um die CO2-Emissionen zu senken.

- **In der Hälfte der G20-Staaten wachsen die Pro-Kopf-Emissionen seit fünf Jahren nicht mehr.** Kanada hat den höchsten absoluten CO2-Ausstoß pro Einwohner, gefolgt von Saudi-Arabien, Australien und den USA.

Highlights Finanzen

- G20-Staaten sind **attraktive Standorte für Investitionen in erneuerbare Energien**, insbesondere China, Frankreich, Deutschland und Großbritannien – allerdings hat die Regierung in London ihre Unterstützung für Erneuerbare zuletzt zusammengestrichen und gefährdet damit die Investitionsattraktivität.

- **Grüne Anleihen (Green Bonds) machen weniger als ein Prozent der Staatsanleihen der G20-Staaten aus**, aber die jüngsten Steigerungsraten sind beachtlich, vor allem in China.

- Im vergangenen Jahr wurde **mehr „grüne“ als „braune“ Stromerzeugungskapazität weltweit neu installiert.** Dennoch gibt es noch immer substanzielle private und öffentliche Investitionen in fossile Energien in den G20-Staaten.

- 2013 und 2014 flossen rund **88 Milliarden US-Dollar pro Jahr von öffentlichen Institutionen** wie zum Beispiel Entwicklungsbanken oder an **Exportkrediten aus G20-Staaten in Kohle, Öl und Gas.**

- Trotz der wiederholten Ankündigungen, aus fossilen Subventionen aussteigen zu wollen, **flossen 2014 noch über 230 Milliarden-US-Dollar an Subventionen in Kohle, Öl und Gas.**
- In den vergangenen Jahren sind **mehr CO2-Preisinstrumente eingeführt worden.** Aber die verschiedenen Bepreisungen in den G20-Staaten sind bisher zu gering, um den beginnenden Umschwung zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beschleunigen zu können.

Highlights Klimapolitik

- **Die meisten G20-Regierungen haben ihre internationale Klimapolitik verbessert, aber hinken bei der Umsetzung auf nationaler Ebene weiter hinterher.** China, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Indien, Mexiko und Südafrika haben unter den Großemittenten der G20 von den nationalen Experten die besten Bewertungen für ihre Klimapolitik bekommen. Am schlechtesten schneiden die USA, Australien, Japan, Saudi-Arabien und die Türkei ab.
- **In Hinblick auf die Paris-Ziele bekommt kein G20-Staat eine sehr gute Bewertung.** Kein Land ist auf einem Unter-2- oder gar 1,5-Grad-Emissionspfad.
- **In einigen Staaten hat der Kohleausstieg begonnen.** Kanada, Frankreich und Großbritannien haben einen solchen Plan verabschiedet (am besten bewertet in dieser Kategorie). Andere Staaten bekommen eine mittlere Bewertung, da sie – wie Deutschland, Italien und Mexiko – einen Ausstieg in Erwägung ziehen oder Schritte zur spürbaren Reduzierung eingeleitet haben. Indien und China liegen ebenfalls im Mittelfeld, da sie jüngst Kohlekraftwerke stillgelegt beziehungsweise Pläne auf Eis gelegt haben.

Zu Climate Transparency

Climate Transparency ist ein internationales Netzwerk mit Experten aus den G20-Staaten Argentinien (Fundación Ambiente y

Recursos Naturales), Brasilien (CentroClima/COPPE UFRJ), China (Energy Research Institute), Frankreich (IDDRI), Deutschland (Germanwatch, HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform, NewClimate Institute), Indien (The Energy and Resources Institute), Indonesien (Institute for Essential Service Reform), Mexiko (Iniciativa Climática de Mexico), Südafrika (Energy Research Center/University of Cape Town) und Großbritannien (Overseas Development Institute).

Kontakte und Kontaktvermittlung für Medien:

Stefan Küper, Germanwatch: 0228 60 492 23 oder 0151 252 110 72, kueper@germanwatch.org

Boris Duval, NewClimate Institute: 030 208 492 740, b.duval@newclimate.org

G20 muss Antibiotikamissbrauch in Tierfabriken eindämmen

geschrieben von Andreas | 8. Juli 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Vor G20-Gesundheitsministertreffen: Germanwatch warnt vor Ausbreitung resistenter Keime und fordert Verbot von Reserveantibiotika in der Tierhaltung

Berlin (18. Mail 2017). Weltweit wird eine doppelt so große Menge an Antibiotika in der Tierhaltung eingesetzt wie zur Behandlung von Krankheiten bei Menschen. Studien prognostizieren einen weltweiten Anstieg des Verbrauchs von Veterinärantibiotika um 67 Prozent bis zum Jahr 2030. Vor dem

morgen beginnenden G20-Gesundheitsministertreffen sieht die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch die Regierungen der G20-Staaten in der Pflicht, energisch gegen die Ursachen für den wachsenden Antibiotikaeinsatz in Tierhaltungen vorzugehen. Denn jede Antibiotikagabe im Stall vergrößert das Risiko, dass sich antibiotikaresistente Keime bilden. Diese stellen auch für Menschen ein wachsendes Gesundheitsrisiko dar.

„Das Hauptproblem ist die weltweite Entwicklung weg von bäuerlichen Haltungsformen und hin zu industriellen Massentierhaltungen“, sagt Germanwatch-Agrarexpertin Reinhild Benning. „Viele Tiere auf engem Raum und ohne Auslauf werden in der Regel häufiger krank und haben daher einen deutlich höheren Antibiotikabedarf als in tiergerechteren Haltungsformen wie etwa Weidehaltung. Zudem sind in einigen G20-Staaten noch immer Antibiotika zur Mastbeschleunigung erlaubt.“

Fleisch, das mit Antibiotikaresistenzen belastet ist, stellt einen Übertragungsweg für Resistenzen auf den Menschen dar. Bei staatlichen Kontrollen in Supermärkten wurden auf 66 Prozent des deutschen Masthuhnfleisches Antibiotikaresistenzen gefunden. Rund ein Drittel des deutschen Hähnchenfleisches wird exportiert, teils in Länder, in denen die G20 ein besseres Krisenmanagement gegen Infektionen unterstützen wollen. Reinhild Benning: „Wer ernsthaft die Ausbreitung von Infektionskrankheiten bekämpfen und Gesundheitssysteme verbessern will, darf nicht tatenlos zusehen, wenn bei der Billigfleischproduktion Antibiotika systematisch verschleudert und resistente Keime mit den Fleischexporten global gestreut werden. Bisher fehlt die sorgfältige Abwägung der G20-Gesundheitsminister, was ihnen wichtiger ist: Der bestmögliche Erhalt und ein besserer Zugang zu wirksamen Antibiotika oder der Zugang zu billigem Fleisch zum Vorteil der G20-Fleischindustrie.“

Die G20-Staaten müssten mit gutem Beispiel voran gehen. Die

für die Menschen besonders wichtigen Reserveantibiotika – also Wirkstoffe, die erst eingesetzt werden, wenn gängige Antibiotika nicht mehr wirken – dürften in der Tierhaltung nicht mehr eingesetzt werden. In den bisherigen Beschlüssen der G20, die einige Fortschritte zu Antibiotika enthalten, fehlen Regeln zu Reserveantibiotika in Mastanlagen, die den Missbrauch der lebenswichtigen Arzneien beenden. Hier müssen die Gesundheitsminister nachlegen. „Im nächsten Schritt muss die Weltgemeinschaft der Ausweitung der industriellen Tierhaltung und dem damit einhergehenden regelmäßig hohen Antibiotikaeinsatz einen Riegel vorschieben“, so Benning. Germanwatch empfiehlt, die bäuerliche Landwirtschaft mit regional angepassten Tierrassen und heimischen Futtermitteln weltweit als Leitbild für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit zu etablieren.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO warnt, dass ohne rasches politisches Handeln im Jahr 2050 weitaus mehr Menschen an resistenten Keimen als an Krebs sterben werden. In Deutschland sterben bereits derzeit zirka 15.000 Menschen pro Jahr, weil Antibiotika nicht mehr wirken. Regeln, um den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung deutlich zu senken, könnten vergleichsweise rasch umgesetzt werden, während andere Maßnahmen erheblich mehr gesamtgesellschaftlichen Aufwand benötigten. „Billigfleisch aus industriellen Tierhaltungen ist nur scheinbar billig“, betont Benning. „In Wirklichkeit bezahlen wir das billige Fleisch mit Risiken und erhöhten Kosten für unsere Gesundheit. Wenn Antibiotika wirkungslos werden, sterben weltweit wieder mehr Menschen an Krankheiten, die besiegbar schienen: Tuberkulose, Lungenentzündung oder Malaria.“

Kontakt für Medien:

Reinhild Benning
Germanwatch-Agrarexpertin
mobil: 0175-72 63 779

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Internationale Initiative von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft drängt G20 zu ambitionierter Klimapolitik – Germanwatch lobt das Signal für Kooperation und Klimaschutz in Zeiten US-amerikanischer Störfeuer

geschrieben von Andreas | 8. Juli 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Berlin/Bonn (22. März 2017). Unerwarteter Rückenwind für eine

ambitionierte Umsetzung der Energie- und Klimaagenda der G20 zur Umsetzung des Paris-Abkommens: Mit einer gemeinsamen Stellungnahme haben die offiziellen Initiativen aus Wirtschaft (B20), Thinktanks (T20) und Zivilgesellschaft (C20) aus den G20-Staaten gemeinsam der deutschen G20-Präsidentschaft für eine solche Politik den Rücken gestärkt. Die G20 verantwortet rund vier Fünftel der globalen CO₂-Emissionen. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch bewertet das gemeinsame Papier als „Aufruf zum politischen Mut an die G20-Staaten, nun den notwendigen ambitionierten Klimaschutz mit einer Rahmensetzung zu versehen, die zu einem neuen Wohlstandsmodell führt“.

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch: „Trotz der Hürden, die seitens der neuen US-Regierung zu befürchten sind, fordern Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam, jetzt die Umsetzung des Paris-Abkommens mit konkreten Zeitplänen, einem CO₂-Preissignal sowie einer klaren Rahmensetzung für die Finanzmärkte voranzubringen. Dies ist ein gemeinsames Signal dafür, dass mit dem Inkrafttreten des Paris-Abkommens die Grundsatzfrage, ob die ambitionierten Klimaziele akzeptiert werden, mit Ja beantwortet ist. Nun geht es darum, die Umsetzung so zu organisieren, dass dies zu einem neuen Wohlstandsmodell führt.“

Die wichtigsten Positionierungen aus Sicht von Germanwatch: Die Unterzeichner fordern von der G20, die Klimaziele der Staaten so nachzubessern, dass diese die Ziele des Pariser Klimaabkommens (deutlich unter 2 Grad Erwärmung, möglichst 1,5 Grad) erreichen. Die notwendigen langfristigen Klimaschutzpläne dafür (bis 2050) sollen die G20-Staaten – sie verantworten rund 80 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen – bis 2018 oder spätestens 2020 vorlegen. Die Industriestaaten sollen zudem ihre Anstrengungen erhöhen, ab 2020 tatsächlich die zugesagten 100 Milliarden US-Dollar jährlich an Klimahilfen für Entwicklungsländer aufzubringen.

Überdies fordern die Unterzeichner ein doppeltes CO₂-

Preissignal: Sie unterstützen als Kompromiss gemeinsam den Vorschlag der G20-Präsidentschaft, der vorsieht, dass fossile Subventionen bis 2025 auslaufen sollen und drängen auf einen jährlichen Bericht über die Umsetzung. Zudem soll die G20 einen Prozess für international abgestimmte CO2-Bepreisungen (über Steuern, Abgaben oder Emissionshandel) vorantreiben, der CO2-Preis soll sich schrittweise international annähern. Die Einnahmen sollen in Infrastruktur für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien investiert sowie für eine sozialverträgliche Transformation ausgegeben werden.

Als dritte Säule sollen auch die Finanzmärkte auf Nachhaltigkeit und Abwendung der Klimarisiken ausgerichtet werden. Die G20 soll dafür internationale Berichts- und Transparenzstandards zu umwelt- und klimabedingten Risiken für den Finanzmarkt voranbringen sowie feste Kriterien für Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung als Kriterien für Infrastrukturprojekte prüfen. Das Thema Grüne Finanzierung solle auch weiter durch eine starke Arbeitsgruppe unterstützt werden.

Das gemeinsame Papier finden Sie hier:
<https://germanwatch.org/de/download/17998.pdf>

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch
(Kontakt s.u.)

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org